

Rheinische Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.



Bezugs-Preis
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl F. Burmann

Druck und Verlag
C. F. Burmanns Buchdruckerei
- Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erhaltene Blatt werden mit 200 Mark für die 6 spaltenweise Zeile oder deren Raum berechnet und bis Sonntagmorgens 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 73

Fernsprecher

Sonnabend, den 23. Juni 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 23. Juni 1928.

Chronik des Tages.

Die Koalitionsverhandlungen wurden noch interfraktionellen Ausschusses nach einer neuen Aufspaltung am Donnerstag unterbrochen.
Reichsaussenminister Dr. Stresemann leitete dem Reichspräsidenten vor Eintritt seines Urlaubs einen Abschiedsbesuch ab.
Der deutsch-österreichische Handels- und Schiffahrtsvertrag tritt in vorläufiger Form am 1. Juli in Kraft.
Das südtirolische Parlament wurde nach der blutigen Schießerei auf unbestimmte Zeit vertagt.
In Entfesselt haben vor dem Appellationsgericht die Verhandlungen im Ehegerichtsprozeß des Prinzen Carol von Rumänien begonnen. Die Verhandlungen sind mit Ausnahme der Urteilverkündung nicht öffentlich.
Der italienische Major Maddalena hat 6 Rentner Privat- und Ausrichtungsgeldern über dem Lager Mostos aus dem Versteigerung abgekauft.
Die Werbestärme und Lebensbedingungen in den Staaten Oslonien und Kaulas haben 12 Todesopfer gefordert und Schäden im Betrage von einer Million Dollar verursacht.
Miss Wolf ist nach Aufgabe ihres Oceanflugprojekts von St. John nach New York abgeflogen.

Der Mord in Belgard.

Im Belgardener Parlament ist Mord geschehen. Stefan Raditsch, der einflussreiche Führer der kroatischen Bauernpartei ist verurteilt, sein Neffe Paul Raditsch liegt auf der Totenbahn, hinterläßt eine Witwe mit acht Kindern, mehrere Abgeordnete kroatischen legen schwer verletzt darnieder, kämpfen kroatischen Tod und Leben, und einer von ihnen, Kasimir, hat heute bereits auf dem Operationstisch sein Leben aufgegeben. Die Mordtat des Mordes dem gefährlichen Grad der inneren Gegensätze des südtirolischen Staates. Die Mordtat der Belgardener Stuphina ist ein National gleichverachtet, über dessen Bedeutung die Welt nicht im Zweifel sein kann.

Obwohl die südtirolische Regierung sofort nach dem Mord im Parlament die Nachrichten über den Mord, haben die Ereignisse in Belgard jetzt in großen Umfassen fest. Danach begann die verhängnisvolle Sitzung der südtirolischen Kammer wie es in den letzten Wochen üblich war mit wüsten Rärmereien. Kurz nach der Eröffnung mußte die Sitzung vom Präsidenten zweimal unterbrochen werden. Dann betrat Punisa Raditsch die Rednertribüne. Seine Ausführungen wurden von der Opposition mit heftigen Zwischenrufen begleitet, hatte Raditsch doch dieser Tage dem Präsidenten nahegelegt, Stefan Raditsch öffentlich auf seinen Geisteszustand hin untersuchen zu lassen. Im weiteren Verlaufe der Rede beschuldigte der kroatische Abgeordnete Dr. Bernar Raditsch, sich in Südbosnien widerrechtlich Boden angeeignet zu haben. Darauf zog Raditsch einen Revolver hervor, richtete die Waffe auf Bernar und schuß ihn nieder. Nun suchte sich Raditsch neue Opfer: Die Waffe richtete sich auf Stefan Raditsch. Dr. Bascariet sprang vor, versuchte Raditsch zu beschützen, mußte seine Hilfsbereitschaft jedoch mit einem Schuß in die Brust quittieren. Raditsch feuerte weiter, und schließlich gelang es ihm auch, Stefan Raditsch in den Leib zu treffen. Allgemeines Entsetzen griff um sich! Abgeordnete und Zeilenbesucher drängten nach den Ausgängen, der Ruffe des kroatischen Bauernführers, Paul Raditsch, sprang gegen den wahnwichtigen Schützen vor, fiel aber nach wenigen Schritten blutüberströmt mit einem Herzschuß zu Boden; bald darauf starb er.

Der Eindruck der Mordtat war ungeheuer: Ihre Folgen sind vorerst noch nicht abzusehen. Das Parlament wurde nach Hause geschickt. Die Minister hielten einen Kabinettsrat ab, beschloffen, die Geschäfte weiterzuführen und Ansuchen notfalls zu unterstützen. Die Familien der erschossenen Abgeordneten sollen staatliche Unterstützung erhalten; die Beisetzung der Getöteten soll auf Staatskosten erfolgen. Trotzdem ist die Erregung im Lande nach wie vor groß. Kennzeichnend für die Stimmung der kroatischen Bauernpartei ist die Zusammenkunft der von der Regierung und dem Ministerpräsidenten eingegangenen Beileidslegatime, in Uebereinstimmung damit wollen die Angehörigen der Erschossenen das Anerbieten der Regierung auf Unterstützung ablehnen. Ja, man geht in der kroatischen Bauernpartei sogar soweit, öffentlich den Vorwurf zu erheben, der Mord in der Stuphina sei vorbereitet und regelrecht organisiert worden! Das muß natürlich die Leidenchaften erst recht erhöhen, es würde deshalb nicht überraschen, wenn die Schüsse im Belgardener Parlament, statt zur Selbsttötung zu mahnen, nur die Einleitung zu einem noch wilderen Abschnitt des innerpolitischen Kampfes im neugegründeten Staate der Serben, Kroaten und Slowenen bilden würde.

Eine weitere Katastrophe der Mord im Belgardener Parlament kommt eine Katastrophe der Mord. Dafür spricht auch die Behauptung, mit der die in Entfesselt verurteilten Außenminister der kleinen Entente die Nachrichten aus

Belgrad ausgenommen haben. Und sie haben ihren Grund dazu. Es ist kein Geheimnis, daß Marinowitsch nach Möglichkeiten suchte, wie er die Rettungsverträge mit Italien unter Dach und Fach bringen konnte. Briand und Chamberlain haben ihm nahegelegt, angesichts der heutigen Lage bessere Beziehungen zu Italien zu schaffen — und sei es auch nur für kurze Zeit. Einen politischen Druck übt die englische Forderung aus, die Südtirolen nur dann die notwendige Hilfe gewähren will, wenn es zuvor sein Verhältnis zu Rom ins Reine bringt. Die Volkstimmung ist gegen die Rettungsverträge, weil sie die bisherigen Erfolge der italienischen Einfließungspolitik nicht beeinträchtigen und Italien neue Möglichkeiten zur Festigung in Kroatien gebe. Die Voraussetzung für die Unterzeichnung der Rettungsverträge war unter diesen Umständen die Vereinnahmung der kroatischen Bauernpartei in die Regierung, zumindest eine Verständigung mit ihr. Das lag auch in der Absicht des südtirolischen Außenministers Marinowitsch. Nun hat der Wahnsinn eines Abgeordneten der radikalen Partei einen Schritt durch diese Rechnung gemacht. Nicht genug damit, künft am 28. Juni auch noch die letzte Kraft für die Unterzeichnung der Rettungsverträge abgeben selbstige Attentäter errent in die Weltgeschichte eingegriffen?

Punisa Raditsch vor dem Richter.

Belgrad, 22. Juni. Nach Bekanntwerden des Attentats im Parlament wurde in Agrum zum Zeichen der Trauer der Rechte eingestellt. Verhaftet wurden die Mitglieder des kroatischen Abgeordnetentages. Der Mörder des kroatischen Abgeordneten, Punisa Raditsch, wurde verhaftet. Vor dem Untersuchungsrichter sagte er aus, er habe sich durch die ihm zugeordnete Verleumdung in größter Erregung befunden und nach dem ersten Schuß die Selbstherrschung verloren. Punisa Raditsch ist Montenegro.

Reine Räumungs-Sabotage!

Englische Abrechnung mit Warschau. — Ein Dittocarno stauwidrig. — „Die deutsche Diktatur ist nicht gut, ihre Revision wünschenswert!“

Der „Manchester Guardian“, ein angesehenes englisches Blatt, das wiederholt den Mut gehabt hat, Unrecht Unrecht zu nennen, behandelt in einem längeren Artikel die Räumungsfrage und rechnet dabei gründlich mit der polnischen Geheul von dem Anspruch Warschaws auf „vollwertige Zugehörigkeit“ für eine „vorzeitige“ Rheinlandräumung ab. Der „Manchester Guardian“ vergleicht die Weisung des Rheinlandes mit einer Kette um den Fuß eines Gefangenen. Nun Deutschland begähe, nähmen einige seiner früheren Feinde diese Kette ab und verlangten mehr. So gerne legt auch Bagatell an der Kette und schreie nach neuer Sicherheit für Polen. Alles Wahrscheinlichkeit nach gehebe das mit Zustimmung der französischen Regierung. Der „Manchester Guardian“ weist auf die bereits vorhandene Sicherheit hin, schildert die Größe der Opfer, die Deutschland bisher gebracht hat und fährt fort:

„Aber für Frankreich war dies nicht genug. Es hat Deutschland mit einem Ring schwerbewaffneter Staaten umgeben. Es beliebt jetzt ein furchtbares Gewicht bewaffneter Mächte gegen ein unbedeutendes Deutschland. Aber sogar dies war nicht genug. Frankreich hat in der Hoffnung, daß seine früheren Feinde schließlich bereit sein würden, aus seinem freien Willen seinen dauernden Verzicht auf Gebietsvorbehalten wieder bestätigt und der Annahme seiner angemessenen weltlichen Grenzen und der Entmilitarisierung des Rheinlandes für alle Ewigkeit zugestimmt. Dieses Uebereinkommen, das ohne Zwangung ist, wurde von England garantiert. Man gab Deutschland bereit, zu erweisen, daß dies genug sein würde und daß Kette und Ring entfernt werden würden. Aber es war nicht genug, sogar die britische Garantie machte es nicht genug. Mit anderen Worten: Polen als eine alliierte Macht fordert das Recht, britische, französische und deutsche Truppen über das Jahr 1935 hinaus im Rheinlande zu halten. Was es mit „liberalen Garantien“ meint, geht aus mannigfachen Kommentaren in der französischen und polnischen Presse hervor. Sie laufen auf das sogenannte „Dittocarno“ hinaus.“

Dieses Dittocarno ist eine bare Stauwidrigkeit. Das Wesentliche von Locarno — es ist nicht nötig, es „Dittocarno“ zu nennen, das es nur ein Locarno gibt und geben kann — ist der deutsche Verzicht auf Gebietsvorbehalten und die britische Garantie. Gebietsvorbehalten ist ein Gebot, nicht einfach Frontalangriff im Interesse beider zurückzugeben. Keines der Gebiete, die Deutschland an Polen verloren hat, hat diesen Charakter. Die deutsche Diktatur ist keine gute. Ihre Revision ist wünschenswert nicht nur als eine Frage von Recht oder Unrecht, sondern auch als eine Frage der Zweckmäßigkeit. Revision bedeutet nicht Wiederhernahme, sondern Wiederherstellung im Interesse beider Länder und besonders der Volkswirtschaften, denen die gegenwärtige politische Lage Verletzungen und Härten zufügt, die keine Parallele an Deutschlands westlicher Grenze haben. Was die britische Garantie anbetrifft, so ist bereits viel versucht zu sein, daß England versprochen hätte. Aber das es in ähnlicher Weise Deutschlands vor

hat, streit gegen den Uebertreter des Locarnovertrages zu klären. Eine Garantie soll, ist einfach nicht in Betracht zu ziehen. Die Vorstellern, daß England weiter sollten, am Volens Grenzen von einer sehr benötigten Veränderung zu retten, ist widersinnig.“

Schwierige Verhandlungen.

Gegenstände im interfraktionellen Ausschuss. — Beratungen Müllers-Franzen mit den Fraktionsführern. — Spannung in Sicht?

Bei den Koalitionsverhandlungen im interfraktionellen Ausschuss ergaben sich am Donnerstag erste Differenzen, so daß in parlamentarischen Kreisen bereits mit dem Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition gerechnet wurde. Einmal bestanden zwischen Deutschen Volkspartei und Sozialdemokraten große Meinungsverschiedenheiten über sozial- und steuerpolitische Fragen, sowie über die Erklärung des Verfassungstages zum Nationalfeiertag, zum andern war die Deutsche Volkspartei wegen der ihren Unterhändlern vom deutschen Ministerpräsidenten Braun erstellten Antwort verstimmt. Nach dem Ausgang der ergebnislosen Beratung des Ausschusses herrschte allgemein der Eindruck vor, daß die Koalitionsbesprechungen geplatzt waren. Müllers-Franzen hat den Staatssekretär Dr. Meißner zu einer Besprechung und wollte im Anschluss daran auch dem Reichspräsidenten über die politische Lage Bericht erstatten.

Um alle Verständigungsmöglichkeiten zu erschöpfen, fand vor dem in Aussicht genommenen Besuch des sozialdemokratischen Fraktionsführers beim Reichspräsidenten noch einmal eine Zusammenkunft der Führer der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Fortschritts, der Bauern und der Deutschen Volkspartei statt. Eine engherzige Klärung aller kritischen Fragen konnte in dieser Besprechung nicht erzielt werden, doch gelang es, in einigen Punkten zu einer Verständigung zu kommen. Die noch verbleibenden Differenzen in den Fragen des Verfassungstages, der Steuerpolitik und des Bankerzweiges sollen ebenso wie die Schwierigkeiten in der Freizugfrage im Wege neuer gültiger Verhandlungen beseitigt werden.

Die weitere Entwicklung der Koalitionsverhandlungen hängt nun von den Beschläffen der Fraktion der Deutschen Volkspartei ab, die am Freitag zu einer neuen Sitzung zusammentritt. Im Anschluss daran soll der interfraktionelle Ausschuss seine Beratungen wieder aufnehmen.

Urlaubsantritt Stresemanns.

Berlin, 22. Juni. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat nach einem Abschiedsbesuch beim Reichspräsidenten Berlin verlassen und seinen Erholungsurlaub angetreten. Der Minister will die ersten Wochen seines Urlaubs in einem Sanatorium im Schwarzwald verbringen.

Die polnische Minderheitenpolitik.

Protest der deutschen Abgeordneten im polnischen Senat.

In der Generalausfrage des polnischen Senats über den Etat für 1928-29 legte als Sprecher der Deutschen Senator Hasbach gegen den Beschluß einer Annahme des Etats ein bloß Bewahrung ein; er erklärte: Der deutsche Senat habe die Pflicht, in ausgleichender Weise bei der Beschaffung der Etats der einzelnen Ministerien auf die Befolgung der deutschen Minderheiten in Polen hinzuwirken, die im Widerspruch steht zu den durch die Verfassung und den Minderheitenschutzvertrag allen Staatsbürgern gewährtesten Rechten. Senator Hasbach erklärte zum Schluß, daß der deutsche Senatklub gegen das Budget stimmen wird.

Reisefesttagung in Königsberg.

Generalversammlung der Reichsfesttagungsjugendlichen.

In Königsberg fand die Generalversammlung der deutschen Reichsfesttagungsjugendlichen statt, zu der etwa 2000 Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches und über dessen Grenzen hinaus erschienen waren. Den Höhepunkt der Tagung bildete die Generalversammlung der Genossenchaften, die im größten Saale der Stadthalle abgehalten wurde. Seit über 2000 Teilnehmer füllten den riesigen Raum. Das Hauptereignis der Tagung hielt Reichsleiter von Gahl über das Thema: „Offenheit und Selbsthilfe.“ Der Redner hob insbesondere hervor, daß das gesamte deutsche Volk ein Lebensinteresse an Offenheit habe und daß Offenheit ein begründetes Recht auf Unterstützung aller Art durch ganz Deutschland bringe. Nach weiteren Reden und einem Schlußwort des Vorsitzenden v. Braun wurde die Generalversammlung geschlossen.